



Interviews

09. Februar 2024

Jürgen Hardt (CDU), außenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, im Gespräch mit Christoph Heinemann

Heinemann: Bundeskanzler Olaf wird heute US-Präsident Joe Biden im Weißen Haus treffen. In dem Gespräch geht es vor allem um die Militärhilfe für die Ukraine. Ein neues US-Hilfspaket ist am Mittwoch im US-Senat am Widerstand der Republikaner gescheitert. Bidens Vorgänger Trump, so berichteten Medien, habe dabei die Strippen gezogen. Es gibt aber Bewegung. Der US-Senat stimmte gestern dafür, einen Gesetzentwurf zu prüfen, der 60 Milliarden Dollar für die Ukraine und 14 Milliarden Dollar für Israel freigeben würde. Prüfen plus Konjunktiv 2, das ist noch kein Durchbruch. Die Präsidentschaftswahl in den USA, Russlands Angriffskrieg, Hilfe für die Ukraine, Europas Sicherheit, darüber wollen wir sprechen. Am Telefon ist Jürgen Hardt, CDU, der außenpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion. Bei der letzten Bundestagswahl trat er im Wahlkreis Solingen, Remscheid, Wuppertal in Nordrhein-Westfalen an. Guten Morgen.

Hardt: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Hardt, über welchen Handlungsspielraum verfügt Joe Biden in seiner Ukraine-Politik überhaupt noch?

Hardt: Er ist natürlich jetzt enorm eingeschränkt. Es gibt in Amerika ja seit Monaten ein Tauziehen um die Frage, wie diese Ukraine-Hilfen auf den Weg gebracht werden können. Gespräche, die ich selbst auch geführt habe Anfang Dezember, haben eigentlich mir den Eindruck gegeben, dass es sowohl bei den Republikanern als auch bei den Demokraten für die Ukraine-Hilfen eine Mehrheit gibt. Aber das war eben verbunden mit diesem Junktim, dass es gleichzeitig auch mehr Mittel für die Grenze Richtung Mexiko geben soll, und das haben wir ja vorgestern gesehen, das ist gescheitert. Der amerikanische Präsident kann 60 Milliarden nicht einfach durch andere Umschichtung oder sonstige Maßnahmen ersetzen. Es gibt zwar vermutlich amerikanisches Militärmaterial, was in der amerikanischen Truppe nicht gebraucht wird und das man liefern könnte, aber diese 60 Milliarden zu ersetzen ohne konkreten Beschluss des Kongresses, wird kaum möglich sein. Und das bedeutet, dass wir mehr tun müssen, wir Europäer, wir Deutschen.

Heinemann: Schauen wir noch einmal nach Washington. Inwiefern regiert Donald Trump dort mit?

Hardt: Die Republikaner, natürlich viele Senatoren und alle Abgeordneten stehen vor der Frage, was passiert im November bei der Wahl mit ihrem eigenen Sitz im Senat oder im Abgeordnetenhaus. Und sie wissen, dass es möglicherweise darauf hinausläuft, dass ihre Partei wieder mit Donald Trump antritt. Und deswegen werden sie sehr vorsichtig sein, sich bereits jetzt im Vorfeld gegen Trump zu stellen oder den Eindruck zu erwecken, man wäre in einem anderen Lager. Das würde ja im Zweifel dann im Wahlkampf ihre Chancen zur Wiederwahl schwächen. Da ist sicherlich, die einen würden sagen Pragmatismus, die anderen würden sagen Opportunismus im Spiel. Denn ich habe den Eindruck, dass tatsächlich sowohl bei den Demokraten als auch bei den Republikanern keiner den Sieg Putins über die Ukraine will, weil man weiß, das wird unermessliche Probleme, nicht nur für Europa, sondern auch für Amerika mit sich bringen. Aber dass die Kraft des amerikanischen politischen Systems fehlt, diesem Willen auch zum Durchbruch zu verhelfen, und das zeigt die Schwäche des politischen Systems in Amerika, die wir ja seit Jahren beklagen.

Heinemann: Umso unverständlicher der Kurs der Republikanischen Partei. Sind diese US-Republikaner noch eine Partnerpartei für CDU und CSU?

Hardt: Wir haben gute Kontakte zu beiden Parteien, auch zu Abgeordneten beider Parteien. Und wir wissen, dass insbesondere bei den Republikanern natürlich es ein sehr heterogenes, unterschiedliches Bild gibt. Es gibt Abgeordnete, die sich hinter verschlossenen Türen klar kritisch zu Trump äußern. Es gibt andere, die euphorische Unterstützer sind. Viele sind auch Menschen, die von außen in die Politik gekommen sind in den letzten zehn Jahren, die also eine ganz andere Sozialisierung haben. Wir müssen uns darauf einstellen, dass Donald Trump der nächste Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika ist. Und wir müssen jetzt Vorsorge treffen, was das für uns bedeutet. Der amerikanische Präsident Trump hat einen harten Kurs gegenüber Europa gefahren und auch gegenüber der NATO, auch in der Handelspolitik, aber er ist auch bereit zu Deals, zu Vereinbarungen, die aus seiner Sicht beiden Seiten nützen - und solche Vereinbarungen im Kopf bereits zu denken und zu überlegen, was könnte die gemeinsame deutsche und europäische Reaktion sein, etwa auf eine Ankündigung des Truppenabzugs oder der Truppenreduzierung in Europa.

Heinemann: Nämlich?

Hardt: Dann müsste unsere Antwort sein, dass wir mehr tun, also ganz konkret, dass wir als Bundesrepublik, als NATO-Partner im Baltikum noch stärker unterstützen, als wir das schon tun. Aber dazu müsste man erstens die Bereitschaft, die politische Bereitschaft haben und zweitens auch die nötigen Mittel aufbringen.

Heinemann: Apropos, würden dann zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die Bundeswehr noch ausreichen?

Hardt: Wir waren in den harten Zeiten des Kalten Krieges bei knapp an vier Prozent, was den Verteidigungshaushalt am Bruttoinlandsprodukt angeht. Wir sind jetzt durch die 100-Milliarden-Hilfe, die wir ja im Bundestag parteiübergreifend beschlossen haben, in der Lage, die zwei Prozent in den nächsten Jahren oder vielleicht auch etwas mehr in den nächsten Jahren durchzusetzen. Aber die Frage, was dann ist, wenn diese Mittel aufgebraucht sind, die sollte sich jetzt schon stellen und die sollte kein Tabu sein, auch nicht im Bundestagswahlkampf nächstes Jahr.

Heinemann: Und Ihre Antwort auf diese Frage?

Hardt: Dass wir mehr tun müssen und dass wir als Bundesrepublik Deutschland ein vitales Interesse daran haben, dass wir unsere Bundeswehr bezahlen und nicht andere Armeen unterstützen müssen oder gar in eine Situation kommen, in der wir konkret gefordert sind, uns zu verteidigen.

Heinemann: Das hieße dann mehr als zwei Prozent?

Hardt: Das ist aus meiner Sicht - langfristige Mittel - nicht ausreichend, nur zwei Prozent auszugeben.

Heinemann: Herr Hardt, Donald Trump hat jüngst sinngemäß gesagt, würde er wieder Präsident, dann werde er beide Seiten an den Verhandlungstisch bringen, vielleicht sogar zwingen. Er werde, wenn nötig, die Ukraine unter Druck setzen, indem er droht, die Unterstützung zu entziehen, und er werde, wenn nötig, Russland unter Druck setzen, indem er drohen würde, die Ukraine massiv zu unterstützen. Wäre diese Taktik vielleicht sogar ein erfolgversprechender Weg, um beide an einen Tisch zu bekommen für eine politische Lösung?

Hardt: Zunächst einmal wehre ich mich dagegen, solche Gespräche und Verhandlungen zu führen über die Köpfe der Ukraine hinweg. Und das Zweite, was an diesem Krieg Russlands gegen die Ukraine ja bemerkenswert ist, es geht ja um keinen Quadratzentimeter russischen Boden. Es geht um keinen einzigen russischen Zivilisten, der von diesem Krieg betroffen ist, also direkt betroffen ist durch Kriegshandlung. Weil sich dieser Krieg ausschließlich auf dem Boden der Ukraine abspielt und weil die Ukraine in keiner Weise irgendetwas fordert von Russland, was in den Grenzen Russlands von 1991, also vor Auflösung der Sowjetunion, zu Russland gehört. Und insofern ist es ein sehr einseitiger Krieg, und es wäre auch eine sehr einseitige Verhandlung. Die Ukraine hat im Grunde keine Chance, ihre Existenz weiter zu garantieren, wenn sie nicht kämpft gegen Russland und wenn sie nicht von uns darin unterstützt wird. Und umgekehrt die Alternative, dass die Ukraine ein Marionettenstaat Russland wird, so wie es ja Weißrussland, Belarus, bereits ist, kann ja nicht das Ergebnis von Verhandlungen sein. Also was soll der Gegenstand sein?

Heinemann: Herr Hardt, das ist ja alles richtig, nur gegenwärtig berichten wir ständig über einen Stellungskrieg. Wie kommt man da raus? Muss man jetzt nicht politische Lösungen andenken?

Hardt: Wenn wir durch stärkere Militärhilfen im letzten Jahr die Ukraine in die Lage versetzt hätten, diesen Kampf erfolgreich zu ihren Gunsten zu drehen, würden wir auch jetzt gar nicht über die Frage reden, ob es amerikanische Militärhilfen gibt oder nicht.

Heinemann: Das ist jetzt vergossene Milch.

Hardt: Das ist vergossene Milch. Das heißt aber nicht, dass wir nicht doch jetzt durch massive militärische Unterstützung der Ukraine, etwa durch Lieferung der Taurus-Marschflugkörper, durch Erhöhung unserer Munitionslieferung, durch Einhalten unserer Zusage seitens Europa, eine Million Schuss zu liefern, eine Chance hätten, das Kriegsglück zugunsten der Ukraine so zu wenden. Dass Putin an einen Punkt kommt, wo er weiß, wenn er den Krieg weiterführt, besteht das Risiko der Niederlage. Und in dem Augenblick, wenn Putin das erkennt für sich, glaube ich, wird er bereit sein zu Zugeständnissen - und die Ukraine wäre in der Lage, aus einer Position der Stärke heraus zu verhandeln, und nicht, weil das zwischen Washington und Moskau so beschlossen wird.

Heinemann: Und genau eine solche Niederlage hat Putin ja jetzt in einem Interview mit einem US-Moderator ausgeschlossen, und er hat behauptet, er wolle osteuropäische NATO-

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

und EU-Mitgliedstaaten nicht überfallen. Welche Botschaft wollte er, Ihrer Meinung nach, platzieren?

Hardt: Ich glaube ihm kein Wort. Ich erinnere mich an die Besuche zahlreicher Staats- und Regierungschefs der westlichen Welt und auch Telefonate mit Putin wenige Wochen vor dem Angriff auf die Ukraine, wo er diesen Angriff, diese Pläne eines Angriffs auf die Ukraine als CIA-Gespinnst und „Blaming“ von Russland gekennzeichnet hat. Er hat die westliche Welt, insbesondere auch die Staats- und Regierungschefs der westlichen Welt, offen belogen, wenige Wochen, bevor er in die Ukraine einmarschiert ist. Und was die Zusagen bezüglich der NATO-Grenzen angeht, da ist kein Wort von zu glauben. Sein Ziel ist aus meiner Sicht die Wiederherstellung Russlands in den Grenzen der Sowjetunion. Wenn es militärisch möglich ist, weil wir zu schwach sind, glaube ich, wäre er auch bereit, diesen Schritt zu gehen, zum Beispiel im Baltikum.

Heinemann: Herr Hardt, der ukrainische Staatspräsident, Wolodymyr Selenskyj, hat einen neuen Generalstabschef berufen. Oleksandr Syrskyj löst Walerij Saluschnyj ab. Wie blicken Sie auf das Stühlerücken in Kiew?

Hardt: Es ist jetzt die Phase, wo wir aus dem Winter herauskommen und natürlich die Frage sich stellt, ob mit dem Verändern des Wetters dann auch möglicherweise entweder die ukrainische oder gar die russische Seite einen entscheidenden Vorteil in diesem gegenwärtigen, wie Sie beschrieben haben, Stellungskampf erreicht. Ich glaube, dass Selenskyj mit dem Wechsel in der Führung der Streitkräfte damit rechnet, dass er unter neuer Führung vielleicht auch neuen Schwung für eine solche Offensive bekommt. Ich glaube allerdings, dass die Veränderungen an der personellen Spitze nichts daran ändern, dass die ukrainischen Streitkräfte schlicht zu wenig Waffen und Munition haben. Ich glaube sogar, wenn sie mehr Waffen und Munition hätten, würden sie auch mehr Soldaten in den Einsatz bringen können. Und das ist auch eine Frage an uns, an Deutschland und an Europa. Es ist beschämend, dass wir vor einem Jahr versprochen haben, eine Million Munition, also Granaten, an die Ukraine zu liefern seitens der EU - und dass wir gerade einmal 350.000 geschafft haben. Das wird in den Geschichtsbüchern als schwarzer Fleck in die Fähigkeiten der Europäischen Union eingehen.

Heinemann: Jürgen Hardt, CDU, der außenpolitische Sprecher der Unions-Bundestagsfraktion, Dankeschön für das Gespräch und auf Wiederhören.

Hardt: Auf Wiederhören.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder.
Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Dis-
kussionen nicht zu eigen.*